

Proposition de la commission

La commission vous propose à l'unanimité d'adapter le projet et d'approuver les mesures et les modifications ci-dessus.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1 und 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1 et 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusssentwurfes 79 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

87.001

**EFTA-Parlamentarierkomitee.
Bericht****AELE. Comité parlementaire.
Rapport**

Herr **Auer** unterbreitet im Namen des EFTA-Parlamentarierkomitees den folgenden schriftlichen Bericht (texte français voir *Bulletin officiel du Conseil des Etats*, session de printemps 1987):

Bericht der Schweizer Delegation über das 5. Treffen mit einer Delegation des Europäischen Parlaments in Helsinki (28. und 29. April 1986) und über die 11. ordentliche Sitzung in Stockholm (17. und 18. Juni 1986)

1. Einleitung

An den Sitzungen des Jahres 1986 wurde vor allem Bilanz über die bisherigen Bemühungen zur Errichtung des mit der Luxemburger Erklärung vom April 1984 angestrebten einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes erstellt. Im letzten Delegationsbericht wiesen wir auf die mit dieser neuen Phase der EFTA-EG-Zusammenarbeit verbundenen Schwierigkeiten hin – insbesondere im Zusammenhang mit der notwendig gewordenen Abschaffung zahlreicher nichttarifärer Handelshemmnisse –, was auf beiden Seiten grosse Geduld voraussetzte. Die anfänglich etwas zu grossen Erwartungen haben sich denn auch nicht alle erfüllt. Verschiedene Gründe sind dafür verantwortlich:

1. Brüssel misst der Festigung und dem Ausbau der Zwölfergemeinschaft Priorität vor dem Ausbau der Beziehungen mit den EFTA-Ländern zu. Die von der Gemeinschaft oft mühsam erarbeiteten Kompromisse können den Anliegen der EFTA-Länder nur in seltenen Fällen angepasst werden.
2. Die Mehrzahl der neuen Zusammenarbeitsbereiche sind vorwiegend administrativer und technischer Natur, so dass neue Regelungen viel Zeit und Ausdauer erfordern.
3. Die auf höchster politischer Ebene immer wieder bekräftigte Zusammenarbeitsbereitschaft hat nicht immer die gewünschten Auswirkungen auf Verwaltungsebene.

Die EG will bis 1992 die schon im Gründungsvertrag genannten und im Weissbuch vom Juni 1985 konkretisierten vier Freiheiten – freier Güterverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr und Freizügigkeit für Arbeitnehmer – nun verwirklichen. Das Resultat wäre ein echter Binnenmarkt. Dieses Vorhaben der Gemeinschaft stellt auch für die EFTA-Länder eine Herausforderung dar, müssen sie doch jetzt alles daran setzen, dass die Verwirklichung des einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes möglichst parallel mit jener des EG-Binnenmarktes erfolgt, um die Entstehung neuer Handelshemmnisse zu verhindern.

2. Das 5. Treffen mit einer Delegation des Europäischen Parlaments in Helsinki am 28. und 29. April 1986

Nationalrat Meizoz und der Berichtersteller nahmen am 5. Treffen mit dem EFTA-Ausschuss des Europäischen Parlaments teil. Zur Sprache kamen insbesondere die EFTA-EG-Zusammenarbeit im Rahmen der Luxemburger Erklärung und internationale Handelsprobleme. An einem Teil der Sitzung nahm auch Minister Willy de Clercq, das für die Aussenbeziehungen und die Handelspolitik verantwortliche Mitglied der EG-Kommission teil.

Die EFTA-EG-Zusammenarbeit im Rahmen der Luxemburger Erklärung

Zwei Jahre nach der Unterzeichnung der Luxemburger Erklärung konnten die EFTA- und EG-Parlamentarier in Helsinki Fortschritte bei der Vereinfachung der Grenzformalitäten, bei den technischen Handelshemmnissen – insbesondere auf dem Gebiet der Normenharmonisierung, der technischen Vorschriften und in der Zusammenarbeit der europäischen Normenorganisationen CEN und CENELEC – sowie im Bereich Wissenschaft und Forschung feststellen. Weniger positiv sieht die Bilanz bei den Bemühungen um die Vereinfachung und Verbesserung der Ursprungsregeln (ein besonderes EFTA-Anliegen), bei der gegenseitigen Anerkennung von Prüfungen und Zertifikaten und bei der Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens aus. Die Parlamentarier betonten auch die Bedeutung einer parallelen Verwirklichung der EG-Pläne für einen Binnenmarkt und für eine europäische Technologiegemeinschaft und des aufgrund der Luxemburger Erklärung zu realisierenden einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes.

Minister de Clercq forderte die EFTA-Länder auf, ihre zögernde Haltung gegenüber der Einführung eines einheitlichen Verwaltungsdokumentes für den Warenaustausch aufzugeben. Damit könne ein wichtiger Durchbruch in den Bemühungen um die Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes erzielt werden (Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Ländern sind gegenwärtig im Gange).

Er erwähnte auch die Probleme bei den Ursprungsregeln und bei der Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens und meldete insbesondere Bedenken wegen den in Europa stark unterschiedlichen Abgasnormen an. Von der Verwirklichung der Binnenmarktpläne erwartet er positive Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum der Gemeinschaft und ihrer Handelspartner. Die von Zeit zu Zeit laut werdenden Befürchtungen über mögliche protektionistische Auswirkungen eines EG-Binnenmarktes teilt er nicht.

Im Hinblick auf die von der EG ebenfalls angestrebte europäische Technologiegemeinschaft betonten die EFTA- und EG-Parlamentarier in Helsinki die Notwendigkeit einer vollen Beteiligung von Unternehmen und Forschungsinstituten aus den EFTA-Ländern an den EG-Forschungsprogrammen. EG-Kommissionspräsident Delors hatte anlässlich der 25-Jahres-Feier der EFTA in Wien im Frühjahr 1985 schon grundsätzlich die Oeffnung der wichtigsten EG-Forschungsprogramme für Firmen und Forschungsinstitute aus EFTA-Ländern in Aussicht gestellt. Bei den in Frage kommenden EG-Forschungsprogrammen handelt es sich in erster Linie um ESPRIT (Informationstechnologien), RACE (fortgeschrittene Kommunikationstechnologie) und BRITE (technologische Grundlagenforschung für die europäischen Industrien).

Die Parlamentarier waren sich ebenfalls darüber einig, dass der freie Zugang aller europäischen Hersteller zu öffentlichen Aufträgen eine unumgängliche Voraussetzung zur Erzielung einer effizienten europäischen Technologiegemeinschaft darstelle.

Internationale Handelsprobleme

Das Thema «internationale Handelsprobleme» wurde auf Wunsch der EG-Parlamentarier vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten der Gemeinschaft mit den USA und Japan traktandiert. Der Berichterstatter betonte die gemeinsame Verantwortung der EFTA-Länder und der Gemeinschaft für die Aufrechterhaltung eines offenen und liberalen Welthandelssystems, eine Verantwortung, die im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes und des einheitlichen europäischen Wirtschaftsraumes noch zunehmen werde. Er empfahl seinen Kollegen ein koordiniertes Vorgehen im Hinblick auf die neue Gatt-Runde, da nur ein starkes und kohärentes Europa hier eine konstruktive Rolle spielen könne. Zur Sprache kam ebenfalls die mögliche Ausweitung des Freihandels auf einige verarbeitete Agrar- und Fischereiprodukte, wobei sich beide Seiten für eine entsprechende Ausweitung der Freihandelsabkommen aussprachen.

3. Die 11. ordentliche Sitzung des Komitees in Stockholm am 17. und 18. Juni 1986

Der Schweizer Delegation an der 11. ordentlichen Tagung des Komitees in Stockholm gehörten die Nationalräte Cottet, Coutau, Meizoz, Ständerat Dobler und der Berichterstatter als Präsident an.

Die wichtigsten Traktanden waren:

- Die Luxemburger Erklärung
- Die Verstärkung der Kontakte zwischen dem EFTA-Sekretariat und der EG-Kommission
- Mögliche Erweiterung des Freihandels auf verarbeitete Agrar- und Fischereiprodukte

Die Luxemburger Erklärung

Da seit der Lagebeurteilung in Helsinki über den Stand der EG-EFTA Beziehungen noch keine zwei Monate verfloßen waren, stand beim Traktandum «Luxemburger Erklärung» vor allem die Frage im Vordergrund, ob die bisherigen Methoden der Zusammenarbeit unter den EFTA-Ländern den Anforderungen der seit April 1984 eingetretenen neuen Entwicklungen noch genügten. Es wurde daran erinnert, dass die Bedingungen der EFTA-EG-Zusammenarbeit vor allem durch die Gemeinschaft bestimmt würden. Die EFTA-Länder hätten ein Interesse daran, vermehrt Initiativen zu ergreifen. Eine wichtige Voraussetzung dafür wäre allerdings eine vermehrte Koordination der Positionen der EFTA-Länder. Dabei dürfe aber nicht die Tatsache aus den Augen verloren werden, dass sich nicht alle Bereiche für ein koordiniertes Vorgehen eignen und dass die bilateralen Beziehungen der EFTA-Länder mit der Gemeinschaft auch in Zukunft ihren Stellenwert haben werden.

Die Verstärkung der Kontakte zwischen dem EFTA-Sekretariat und der EG-Kommission

Die Frage nach verstärkten Kontakten zwischen dem EFTA-Sekretariat und der EG-Kommission in Brüssel ist ebenfalls eine Konsequenz der mit der Unterzeichnung der Luxemburger Erklärung eingetretenen Entwicklung. Ständerat Dobler regte die Errichtung eines EFTA-Verbindungsbüros in Brüssel erstmals anlässlich der Sitzung von Reykjavik im Juni 1985 an und stiess damit bei allen Delegationen auf Zustimmung. Er wurde beauftragt, für die Stockholmer Sitzung einen Bericht auszuarbeiten. Aufgrund dieses Berichtes lud das Komitee den EFTA-Ministerrat ein, die Möglichkeiten zur Verwirklichung dieses Vorschlages abzuklären und ihm anlässlich der nächsten Sitzung in Norwegen im Juni 1987 darüber Bericht zu erstatten.

Mögliche Erweiterung des Freihandels auf verarbeitete Agrar- und Fischereiprodukte

Die Diskussion über die mögliche Erweiterung des Freihandels auf verarbeitete Agrar- und Fischereiprodukte führte zur Schaffung einer Arbeitsgruppe. Diese soll Abklärungen treffen, unter welchen Bedingungen der Handel mit diesen Produkten zwischen den EFTA-Ländern einerseits und zwischen den EFTA-Ländern und der Gemeinschaft andererseits liberalisiert werden können, und dem Komitee darüber anlässlich der nächsten Sitzung in Norwegen Bericht erstatten.

Nationalrat Cottet, der dieser Arbeitsgruppe angehören wird, benutzte die Gelegenheit, um die schweizerische Agrarpolitik zu erklären (insbesondere unter dem Blickwinkel der Erfordernisse der Neutralität und der schwierigen topographischen und klimatischen Rahmenbedingungen). Er betonte, dass die Schweiz infolge ihrer hohen Einfuhrquote für landwirtschaftliche Produkte (rund 40 Prozent) einen Abbau der protektionistischen Massnahmen begrüssen würde, wenn diese im Rahmen des Gatt erreicht werden könnten.

Verschiedenes

Das Komitee nahm auch zum Tätigkeitsbericht der EFTA für das Jahr 1985 Stellung und hörte sich ein Exposé des schwedischen Aussenhandelsministers über die wirtschaftliche Lage seines Landes an.

Die nächste Komiteesitzung wird im Juni 1987 im norwegischen Hamar stattfinden.

Präsident: Der Bericht ist schriftlich erstattet worden. Ein Wortbegehren liegt nicht vor. Es wird beantragt, vom Bericht Kenntnis zu nehmen. Ein anderslautender Antrag liegt nicht vor.

Zustimmung – Adhésion

87.002

Milchwirtschaftsbeschluss. Verlängerung des Beschlusses Economie laitière. Prolongation de l'Arrêté fédéral

Botschaft und Beschlussentwurf vom 14. Januar 1987 (BBI I 463)
Message et projet d'arrêté du 14 janvier 1987 (FF I 469)

Herr **Hösli** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Der MWB 1977 läuft Ende Oktober 1987 ab. Da es unbestritten ist, dass die in diesem Beschluss geregelten Massnahmen weiterzuführen sind, unterbreitete der Bundesrat dem Parlament mit Botschaft vom 16. Juni 1986 den Entwurf zu einem neuen Milchwirtschaftsbeschluss für die Zeit vom 1. November 1987 bis Ende Oktober 1997.

Die Kommission hat die Behandlung dieser Vorlage im September 1986 aufgenommen; weitere Sitzungen fanden im November 1986 und Januar 1987 statt. In Anbetracht der komplexen Materie und der sehr grossen Zahl von Anträgen konnte die Vorberatung noch nicht abgeschlossen werden. Die Kommission wird deshalb ihre Beratungen am 13./14. April 1987 weiterführen. Das Geschäft kann somit im Nationalrat voraussichtlich erst im Juni 1987 behandelt werden; anschliessend muss sich dann noch der Ständerat mit der Materie auseinandersetzen. Der neue Milchwirtschaftsbeschluss kann aus diesem Grunde nicht – wie ursprünglich vorgesehen – am 1. November 1987 in Kraft treten, so dass eine Verlängerung des MWB 1977 unerlässlich ist.

EFTA-Parlamentarierkomitee. Bericht

AELE. Comité parlementaire. Rapport

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.001
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.03.1987 - 16:00
Date	
Data	
Seite	103-104
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 153

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.